

2. Zur Erhebung der Nachweise über die einzelnen Personen dienen die Zählkarten A und das Haushaltsverzeichnis B.

3. Die Zählkarten A, das Haushaltsverzeichnis B und die Anleitung C zur Ausfüllung dieser Karten bilden den Inhalt des Zählbriefes D. Auf der Außenseite dieses Zählbriefes befindet sich die Adresse des Haushaltungsvorstandes, an welchen er gerichtet ist. Die übrigen Theile der Außenseite enthalten die Muster zur Ausfüllung der Zählkarten A und des Haushaltsverzeichnisses B, die Innenseite die Anleitung C zur Ausfüllung der Zählkarten A und B.

4. Für jede Haushaltung ist ein solcher Zählbrief bestimmt, welcher die für dieselbe mutmaßlich erforderliche Anzahl von Zählkarten A, ein Haushaltsverzeichnis B und eine Anleitung C enthält. Die Inwohner von Anstalten bilden eine selbständige Haushaltung. Vorsteher oder Vertreter von Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt (z. B. Erziehungs-, Strafen-, Heil- und Bilegnanstalten, Altersversorgungsanstalten, Gefängnisse, Erziehungsanstalten, Kasernen, Arbeitshäuser, Klöster, Herbergen, Waisenhäuser u. s. w.) werden den Haushaltungsvorständen gleich geachtet. Ebenso sind einzeln lebende Personen, welche eine besondere Wohnung inne haben und eine eigene Hauswirtschaft führen, als Haushaltungsvorstände anzusehen und bei der Zählung wie solche zu behandeln. Die auf Waage befindlichen Militärpersonen werden in ihren Quartieren gezählt.

B. Obliegenheiten der Gemeinde- (Orts-) Behörden.

Die Ausführung der Volkszählung ist Sache der Gemeinde- (Orts-) Behörden und soll möglichst unter Verwendung freiwilliger Zähler stattfinden. In denjenigen Städten, in welchen die Polizeiverwaltung königlichen Behörden übertragen ist, liegt die Ausführung der Volkszählung dem Magistrat und der Polizeibehörde gemeinschaftlich ob. In den Landgemeinden und Gutsbezirken haben die Polizeibehörden, soweit nicht die Polizeiverwaltung in den Händen der Gemeindebehörden liegt, nach Anforderung der Kreisbehörden bei der Volkszählung Beihilfe zu leisten. Für die bei dieser Zählung über die Persönlichkeit des Einzelnen gewonnenen Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren; sie dürfen ohne besondere Genehmigung der Staatsregierung nur zu statistischen Zusammenstellungen, nicht zu anderen Zwecken benutzt werden.

a) Bildung von Zählungskommissionen.

1. Zur unmittelbaren Leitung der Volkszählung wird in jeder Gemeinde, soweit dies die Verhältnisse nicht entgegenstehen lassen, eine Zählungskommission gebildet.

2. Bei der Zusammenziehung der Zählungskommission kommt es hauptsächlich darauf an, solche Personen für dieselben zu bestimmen, welche die Wichtigkeit der Volkszählung zu beurtheilen imstande und bereitwillig sind, an deren zweckentsprechender Ausführung mitzuwirken, zugleich das Vertrauen der Gemeindeangehörigen besitzen und die örtlichen Verhältnisse kennen. Die Theilnahme an der Zählungskommission ist ein Ehrenamt.

3. Die Bildung der Zählungskommission muß bis zum 9. November d. Js. erfolgt sein.

4. Die Aufgabe der Zählungskommissionen — beziehungsweise, wo Zählungskommissionen nicht eingesetzt sind, der Ortsbehörden — besteht hauptsächlich in Folgendem:

- a. Einteilung des Gemeindebezirktes in Zählbezirke,
- b. Annahme und Anweisung der Zähler,
- c. Prüfung und, soweit nöthig, Berichtigung der Angaben in den ausgefüllten Zählkarten, Aufstellung der Ortsliste G und Beförderung des gesamten Zählungsmaterials an die Kreisbehörden bzw. an das königliche statistische Bureau, sofern es von diesem unmittelbar der Ortsbehörde zugeleitet worden ist.

b) Einteilung des Gemeindebezirktes in Zählbezirke.

1. Die Volkszählung muß in bestimmt abgegrenzten Bezirken (Zählbezirken) erfolgen.

2. Die Zählbezirke sind in der Art zu begrenzen, daß sie in der Regel nicht mehr als 40 Haushaltungen umfassen und sich an die in der Gemeinde bereits bestehende Einteilung der Gemarkung anschließen, daß für jeden größeren Wohnplatz ein oder mehrere besondere Zählbezirke gebildet werden. Was unter Wohnplatz zu verstehen ist, ergibt sich aus der Ziffer d. 4. Liegt ein Theil der Gemeinde (des Gutsbezirktes) in einem anderen Kreise (Oberamte) als der Haupttheil, so wird er in dem Kreise gezählt, in welchem er liegt, muß aber ebenfalls unter allen Umständen als besonderer Zählbezirk behandelt und diese seine Eigenthümlichkeit auf der Kontrolliste F ausdrücklich angegeben werden; jedoch ist dafür Sorge zu tragen, daß ein solcher Gemeindertheil nicht doppelt gezählt wird. Ebenso ist für den Fall, daß ein Theil der Gemeinde einem anderen Reichstags-Wahlkreise angehört als der Haupttheil oder außerhalb der Zollgrenze liegt, dafür Sorge zu tragen, daß die betreffenden Gemeindertheile besondere Zählbezirke bilden und im Kopfe der Zähler-Kontrollisten F nach dieser ihrer besonderen Eigenschaft deutlich bezeichnet werden.

Dabei darf kein bewohntes oder unbewohntes Wohnhaus und keine sonstige bewohnte Baustelle übergangen werden. Zweifel darüber, welcher Gemeinde die auf Kläsen u. s. w. anwesenden Fahrzeuge zugerechnet werden sollen, entscheidet die Kreisbehörde.

Bei Einteilung der Zählbezirke ist bisher zuweilen auf die Begrenzung der Ortschaften, Flecken, Dörfer, Kirchspiele, Wälder und sonstigen Wohnplätze wenig Rücksicht genommen worden; man hat vielmehr nach Abtheilungen gezählt, welche die sich kreuzenden Straßen, Wege, Stege u. s. w. bilden, und was von einer Gemeinde außerhalb eines solchen Dreiecks, Vierecks u. s. w. an bewohnten Grundstücken übrig blieb, demjenigen dieser Bezirke zugewiesen, von welchen aus es am leichtesten zu erreichen war. Durch dieses Verfahren sind größere Zusammengehörigkeiten zerfallen und kleinere, aber räumlich völlig abgetrennte Wohnplätze unbeachtet gelassen worden.

Nur Abtheilung dieser Art erscheint es angezeigt, vor der Zählung zuerst sorgfältig festzustellen, welche Grundstücke und Gebäude der Gemeindeeinheit einen eigenen Wohnplatz bilden, und hiernach erst die Zählbezirke abzugrenzen.

*) Unter Gemeinde- (Orts-) Behörden sind hier und weiterhin die Behörden der städtischen oder ländlichen Gemeinden sowie der Gutsbezirke zu verstehen.